



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
BUNDESTAGSFRAKTION

# **Menschenrechte verteidigen!**

UNS GEHT'S UMS GANZE

# MENSCHENRECHTE

## ACHTEN – SCHÜTZEN – FÖRDERN

Friedlich, frei und gleichberechtigt leben – das geht nur, wenn überall die Menschenrechte gewahrt werden. Niemand darf sich dieser Verantwortung entziehen: keine Regierung, kein Unternehmen, keine Organisation. Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen verpflichtet sie dazu.

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Weltweit geraten Menschenrechte immer stärker unter Druck. In vielen Ländern werden Menschen, die ihre Rechte wahrnehmen oder sich für Menschenrechte einsetzen, verfolgt, verhaftet, gefoltert, ermordet. Die Corona-Pandemie wirkt dabei wie ein Brennglas für bestehende Ungleichheiten – Armut, Hunger und humanitäre Notlagen nehmen weiter zu. Die Auswirkungen der Klimakrise bedrohen die Lebensgrundlagen vieler Menschen und damit das Recht auf Leben, Nahrung, Wasser und Gesundheit. Marginalisierte Bevölkerungsgruppen sowie Frauen und Kinder sind davon besonders betroffen. In bewaffneten Konflikten werden die Regeln des Völkerstrafrechts missachtet, Institutionen und Abkommen wie die Genfer Flüchtlingskonvention werden ignoriert.

Auch bei uns in Deutschland sind wir gefordert, die Menschenrechte zu verteidigen, sei es in der Flüchtlingspolitik oder im Kampf gegen Hass, Ausgrenzung und Diskriminierung. Unternehmen tragen Verantwortung, entlang ihrer

gesamten Lieferkette die Einhaltung der Menschenrechte sicherzustellen. Der Umgang mit digitalen Technologien wie künstlicher Intelligenz verlangt vorausschauende Antworten. Für

alle gilt: Menschenrechte sind universell, unteilbar und nicht verhandelbar. Menschenrechtspolitik stellt den Schutz der Schwächsten ins Zentrum. Frauen und Kinder, LGBTIQ-Personen, Menschen mit Behinderung und viele weitere Gruppen formen unsere Gesellschaft der

Vielen, die auf Menschenrechten und Antidiskriminierung aufbaut. Menschenrechte zu achten, zu schützen und zu fördern, muss Maßstab deutscher Politik sein – im Innern wie nach außen.

## FREIRAUM FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Auf der ganzen Welt machen sich Millionen Menschen für Demokratie und Bürger\*innenrechte stark. Sie fordern Umwelt- und Klimaschutz ein, kämpfen gegen Diskriminierung und für soziale Rechte. Diese mutigen Einzelkämpfer\*innen, Gruppen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wollen wir besser schützen.

Zugleich schränken immer mehr Staaten zivilgesellschaftliches Engagement systematisch ein: Sie diffamieren, behindern und kriminalisieren die Arbeit von NGOs oder verweigern staatlichen Schutz. Von Ägypten bis China, von Russland bis Iran – um nur einige Beispiele zu nennen – tendiert der Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft gegen null. Besonders

alarmierend: In Ländern wie den Philippinen, Guatemala, Honduras, Kolumbien oder Kambodscha bezahlen Menschenrechts- und Umweltaktivist\*innen ihr Engagement oft mit dem Leben. Auch die Meinungs- und Pressefreiheit ist vielen Regierungen ein Dorn im Auge. Selbst Mitgliedstaaten der Europäischen Union schalten diese Grundpfeiler der Demokratie aus, um jede Form von Kritik zu ersticken.

Wir Grüne im Bundestag fordern von Deutschland eine klare Haltung und konkretes Handeln in Sachen Menschenrechte. Die deutschen Botschaften müssen Menschenrechtsverteidiger\*innen vor Ort unterstützen und damit öffentlich sichtbar machen, dass



Deutschland an ihrer Seite steht. Wo nötig, muss unser Land bedrohte Aktivist\*innen aufnehmen, ihnen Schutz bieten und auch regionale Schutzprogramme weiter ausbauen.

EU und Vereinte Nationen müssen sowohl den Dialog als auch den politischen Druck auf die Regierungen verstärken, damit wieder mehr Freiräume für die Zivilgesellschaft entstehen können. „Shrinking Space“ ist ein globales Problem, nur gemeinsam können wir es bewältigen. Auch im eigenen Land gibt es Handlungsbedarf: Eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts ist überfällig. Wir wollen, dass der Einsatz für Menschenrechte den explizit genannten Zwecken des Gemeinnützigkeitsrechts hinzugefügt wird.

**AUCH AN IHREN AUSSENGRENZEN IST DIE  
EUROPÄISCHE UNION FÜR DEN SCHUTZ VON  
MENSCHENRECHTEN VERANTWORTLICH.**



*Ein Mitglied einer spanischen NGO rettet im August  
2016 Flüchtlinge vor der libyschen Küste aus dem Mit-  
telmeer. Bild: REUTERS/Giorgos Moutafis*

# MENSCHENRECHTE IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK



Ehrenamtliches Engagement erleichtert vielen Menschen das Ankommen in Deutschland. Seenotretter\*innen zum Beispiel leisten auf dem Mittelmeer praktische Menschenrechtsarbeit. Doch darf der Staat seine Verantwortung nicht auf Ehrenamtliche abschieben. Er muss Geflüchteten den Zugang zu effektivem Rechtsschutz, behördenunabhängiger Beratung sowie fairen Asylverfahren gewährleisten. Auch das Zusammenleben mit ihren Familien in Würde und gesellschaftliche Teilhabe gehören dazu.

Wir Grüne im Bundestag setzen uns außerdem für eine humane und zurückhaltende Praxis beim Thema Abschiebungen ein. Abschiebehaft für Menschen, die sich nicht strafbar gemacht haben, und die Abschiebung besonders vulnerabler Gruppen lehnen wir ab. Um die zutiefst unmenschliche jahrelange Trennung von Familien zu beenden, fordern wir eine Erleichterung des Familien- und Geschwisternachzugs.

Die Verantwortung Deutschlands fängt bereits dort an, wo Krieg, Verfolgung, Naturkatastrophen und existenzielle Not Menschen zur Flucht zwingen. Deutsche Politik muss Fluchtursachen bekämpfen, indem sie sich überall für Menschenrechte starkmacht: in der Außen- und Entwicklungspolitik ebenso wie in der Klima- oder Handelspolitik. Konkret bedeutet das, Konflikten vorzubeugen und Friedensverhandlungen zu unterstützen. Wer Abkommen mit autokratischen Regierungen schließt, damit sie Geflüchtete aufhalten oder zurücknehmen, schafft dagegen die Fluchtgründe von morgen.

An ihren Außengrenzen ist die Europäische Union für den Schutz von Menschenrechten verantwortlich. Diese Verantwortung verletzt

sie jedoch fortwährend, wenn sie duldet oder daran beteiligt ist, dass Flüchtende abgewiesen oder gar ins offene Meer zurückgedrängt werden (illegale Pushbacks).

Mehr noch: Wir setzen uns für eine europäisch organisierte und finanzierte zivile Seenotrettung auf dem Mittelmeer ein. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen eine neue Flüchtlingspolitik entwickeln, die ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen gerecht wird. Das verlangt Solidarität untereinander, eine Orientierung an den Bedürfnissen und Rechten der Schutzsuchenden und einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten. Daneben müssen weitere Möglichkeiten zur sicheren Einreise in die EU geschaffen werden.

## UNTERNEHMEN IN DER VERANTWORTUNG

Deutsche Unternehmen tragen in vielen Teilen der Welt zu Menschenrechtsverletzungen bei. Ob beim Arbeitsschutz in der Fleischindustrie oder in Kohleminen, bei der Gebäudesicherheit oder angemessenem Lohn in Textilfabriken – Arbeitsstandards auszuhebeln ist oft die Grundlage des Profits. Freiwillig verändern nur die wenigsten Konzerne ihre Produktionsbedingungen und die ihrer Zulieferer. Die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte halten aber Staaten und Unternehmen dazu an, die Menschenrechte zu schützen und zu respektieren. Doch die wenigsten Unternehmen haben Ausbeutung und Umweltzerstörung in ihren globalen Lieferketten bislang eingedämmt. Deshalb setzen wir Grüne im Bundestag auf verbindliche, menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten für Unternehmen. Wir fordern ein Lieferkettengesetz, das bei Verstößen wirksame Sanktionen und auch zivilrechtliche Haftung vorsieht. Der Schutz der Menschenrechte trägt weltweit zu einer nachhaltigen Entwicklung bei. Gesetzliche Maßnahmen schaffen zudem Rechtssicherheit, von der auch Firmen profitieren.





*Kriegsverbrechen dürfen nicht straflos bleiben. Im Februar 2021 wurde in Koblenz ein Syrer wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt. Die grüne Bundestagsfraktion fordert, die Dokumentation und Ahndung von in Syrien begangenen Völkerstraftaten massiv zu intensivieren und zu unterstützen. Foto: dpa/AFP/Pool*

## **KAMPF GEGEN STRAFLOSIGKEIT**

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfordern sofortiges Handeln. Die Vereinten Nationen sind dabei besonders wichtig. Um wirksam eingreifen zu können, brauchen sie jedoch die Unterstützung ihrer Mitglieder. Deshalb setzen wir uns dafür ein, schwerste Menschenrechtsverletzungen konsequent zu verfolgen: auf internationaler Ebene vor dem Internationalen Strafgerichtshof und in Deutschland mithilfe des Völkerstrafgesetzbuches.

Völkermord muss als solcher benannt werden: ob an den Armenier\*innen oder an den Herero und Nama im heutigen Namibia vor mehr als hundert Jahren. Deutschland muss Verantwortung für deutsche Kolonialverbrechen übernehmen. Auch jüngere Genozide wie der an den Jesid\*innen im Nordirak oder an den Rohingya in Myanmar dürfen nicht straflos bleiben. Die grüne Bundestagsfraktion setzt sich daher auch für mehr Geld und Personal ein, um die Verfolgung schwerster Menschenrechtsverbrechen vor deutschen und internationalen Gerichten zu gewährleisten. Internationale Initiativen zur Beweissicherung und Sanktionsinstrumente für schwere Menschenrechtsverletzungen müssen Unterstützung erhalten.



## DIGITALE TECHNOLOGIEN: NUR MIT MENSCHENRECHTEN

Digitale Technologien eröffnen neue Möglichkeiten: Sie können zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen helfen und politische Teilhabe stärken. Auch bei der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen sind sie nützlich. Sie stellen uns aber auch vor Gefahren wie im Fall totalitär eingesetzter Überwachungstechnologie. Daher braucht es menschenrechtsbasierte Technikfolgenabschätzung (TFA), Begleitforschung sowie öffentlich transparente Debatten, beispielsweise über den Umgang mit künstlicher Intelligenz.

Gesichtserkennung im öffentlichen Raum stellt nicht nur in autoritären Staaten eine Bedrohung dar. Hieraus ergeben sich erhebliche Risiken, besonders für das Recht auf Privatheit. Der Einsatz anlassloser, automatisierter Gesichtserkennung ist für uns die rote Linie.

Deutsche Unternehmen exportieren Überwachungstechnologie in die ganze Welt. Solange es keine menschenrechtskonformen Schutzregelungen gibt, setzen wir Grüne uns für ein internationales Moratorium für die Ausfuhr, den Verkauf und die Weitergabe von Überwachungssoftware ein. Es braucht klare Kontrollvorgaben für EU-Mitgliedstaaten, die über die Reform der EU-Dual-Use-Verordnung hinausgehen.

Die Gründer\*innen der Gruppe Black Brown Berlin (v.l.n.r.): Chanel Knight, Femi Oyewole und Rhea Ramjohn. Die öffentliche Solidarität mit der Black-Lives-Matter-Bewegung ist riesig. Vielen Aktivist\*innen zufolge schauen die Deutschen dabei lieber nach Amerika, als den Blick nach innen zu richten.  
Foto: Mustafah Abdulaziz/The New York Times



## GESELLSCHAFT DER VIELEN

Wo Menschen etwa aufgrund ihres Aussehens oder ihrer vermeintlichen Herkunft anders behandelt oder diskriminiert werden, beginnt Rassismus und er endet dort noch lange nicht. Auch Deutschland hat ein Rassismusproblem. Rassismus ist eine erhebliche Verletzung des Anspruchs auf Achtung als Gleich\*er, der jedem Menschen aufgrund der Menschenwürde zusteht. Wir müssen dafür sorgen, gesellschaftlich verwurzelte Vorurteile und Diskriminierungen zu überwinden und allen Menschen Anerkennung und Teilhabe zukommen zu lassen. Die bisherigen Maßnahmen gegen Rassismus sind weder ausreichend noch effektiv. Hier braucht es einen Paradigmenwechsel – kein „Weiter so“. Struktureller Rassismus erfordert strukturelle Maßnahmen. Wir setzen uns für ressortübergreifende gesetzliche Maßnahmen ein, die regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Der Umgang mit Minderheiten ist ein Anzeiger für die Stärke des Menschenrechtsschutzes. Wir wollen daher den Rechtsrahmen zum Schutz und die Förderung von Minderheiten auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene ausbauen und verbessern.



*Der Umgang mit Minderheiten ist ein Anzeiger für die Stärke des Menschenrechtsschutzes.*

# NOCH FRAGEN?

## ZUM WEITERLESEN:

- ——— gruene-bundestag.de » Newsletter » Internationale Politik und Menschenrechte
- ——— gruene-bundestag.de » Themen » Menschenrechte

## BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 19/19499 Für den Schutz der Menschenrechte in Zeiten der Corona-Pandemie (Antrag)
- 19/5544 Schwere Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang beenden (Antrag)
- 19/16061 Lieferkettengesetz gegen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen (Antrag)
- 19/15782 Zivilgesellschaftliches Engagement stärken, Menschenrechtsverteidiger\*innen schützen (Antrag)
- 19/13553 30 Jahre UN-Kinderrechtskonvention (Antrag)
- 19/1876 Syrien – Völkerstraftaten ahnden (Antrag)

Bündnis 90/Die Grünen  
Bundestagsfraktion

Arbeitskreis 4  
Internationale Politik und  
Menschenrechte

TEL 030 227 56789  
FAX 030 227 56552  
info@gruene-bundestag.de

*Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.*

**Impressum: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Gestaltung: Stefan Kaminski, Stand: März 2021, Titelfoto: Reuters